



**Stellungnahme der SPD- Fraktion Anröchte
zum Haushalt 2021 der Gemeinde Anröchte
gehalten von Martin Fischer am 24.02.2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren im Saal
an die freie Presse, vertreten durch den Patriot,

wieder ist ein Jahr vergangen und wieder dürfen wir als Fraktion Stellung nehmen zu einem Haushalt mit Herausforderungen wie sie keiner von uns je erlebt hat, weil keiner so alt ist, dass es sich an die Spanische Grippe vor hundert Jahren erinnern kann, die allein in Deutschland 700.000 Menschen das Leben kostete. Die Dunkelziffer wird vermutlich weit höher gelegen haben.

Wie wichtig ist eine Haushaltsrede in Zeiten von Corona? Sie ist sehr wichtig, weil sie ein Stück Normalität abbildet, die es so aktuell gar nicht gibt, zu der dieser Haushalt dennoch hinführen will, weil die Folgen der zukünftigen Normalität mit diesem Haushalt beginnen. Die größeren häuslicher Herausforderungen müssen gerade Kolleginnen und Kollegen von uns an anderer Stelle in Berlin und Düsseldorf regeln. Und ich bin sehr froh darüber, dass dies kluge Politikerinnen und Politiker wie Angela Merkel und Olaf Scholz tun. Die Kakophonie derer, die vorgeben, alles besser zu wissen bzw. können, ist schrecklich und erinnert an einen schönen Ausspruch von Sokrates, der dereinst sagte: „Der Kluge lernt aus allem und von jedem, der Normale aus seinen Erfahrungen und der Dumme weiß alles besser“. Geben wir Letzteren doch weniger Raum und bemühen uns doch bitte um etwas mehr Demut vor denjenigen, die gerade in Berlin und Düsseldorf versuchen unser Leben und unsere Zukunft zu schützen.

In diesem Sinne zum aktuellen Haushalt der Gemeinde Anröchte.

Im Vergleich zu meinen Ausführungen aus dem vergangenen Jahr, ja aus den vergangenen Jahren muss ich noch „erneuter“ feststellen, dass wir entgegen den Prognosen zumindest Stand heute, erneut besser da stehen, als vor einem Jahr noch gedacht. Und genauso muss ich erneut feststellen, dass wir Gefahr laufen, unsere Rücklagen schneller zu verzehren



als dies in irgendeiner Periode zuvor in der Geschichte der Gemeinde Anröchte passiert ist. Unsere Ausgleichsrücklage ist eine der höchsten in der Geschichte der Gemeinde Anröchte seit 2008, der Einführung der doppelten Buchführung. Nach wie vor gilt aber das Wort der Kämmerei, demzufolge auch der aktuelle Haushalt strukturell nicht ausgeglichen ist.

Der Haushaltsplan 2021 basiert auf keinen Hebesatzveränderungen. Das wäre in der gegenwärtigen Situation auch nur schwer politisch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Anröchte vertretbar. Aber es ist nur scheinbar gut, da in der jüngeren Vergangenheit Einmalerträge in Millionenhöhe aus Bauplatzverkäufen die strukturelle Unausgeglichenheit kaschiert haben. Das mag in Vor-Corona-Zeiten gut gewesen sein, in der Nach-Corona-Zeit müssen wir bei der Kalkulation von Bauplatzpreisen die Leistungsfähigkeit junger bauwilliger Familien genauer in den Fokus nehmen.

Anröchte ist bei der Gewerbeinfrastruktur gut aufgestellt. Dennoch werden wir hier als auch bei den anderen Steueranteilen der Gemeinde Einnahmerückgänge hinnehmen müssen, die unmittelbar und perspektivisch unsere Handlungsfähigkeit einschränken werden. Es lohnt ein kurzer dunkler Blick in die Nachbargemeinde Rüthen, wo die Hebesätze für die Grundsteuer A auf 600 und die Grundsteuer B auf über 800 Punkte angehoben werden könnten. Wir wissen nicht wohin die Reise geht, aber mehr denn je müssen wir die Leistungsfähigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger genauer im Auge behalten.

Es sind also Gegensteuerungsmaßnahmen angeraten, so steht es denn auch deutlich im Haushaltsplanentwurf. Und da setzt natürlich sozialdemokratische Politik auch auf kommunaler Ebene ein. Gegensteuerungsmaßnahmen sind richtig und gut, müssen aber sozial und an der Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger orientiert sein. Im Spagat zwischen den Pflichtaufgaben und den freiwilligen Leistungen einer Gemeinde muss in Teilen den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen werden. Dies gilt insbesondere, wenn hier bereits Vorleistungen zur Entlastung des Haushalts erbracht werden.

Der Förderverein des Freibades und die Gemeinde haben ihre Hausaufgaben im Zusammenhang mit notwendigen Kostenreduzierungen gemacht und die Musik- und Kunstschule als weitere freiwillige Leistung ist für die Entwicklung unserer Kinder. Wer hier ein Fragezeichen setzt, muss sich auch gefallen lassen, dass wir seit Jahren an unserer Abwassergebührenkalkulation Kritik üben, weil hier nicht alle gleichermaßen gemäß



dem Verursacherprinzip bzw. dem Prinzip der Leistungsfähigkeit ihren Beitrag leisten.

Unverständlich für immer mehr Bürgerinnen und Bürger ist es auch, dass wir in Zeiten von Negativzinsen einen kalkulatorischen Zins auf unsere Abwasserinvestitionen erheben, der weit von der Wirklichkeit entfernt ist. Es mag zulässig sein, die Legitimität entzieht sich dennoch dem Verstand.

Einsparungen sind richtig und wichtig, zumal wenn sie konsumtiver Natur und nicht nachhaltig sind. Der Stellenplan ist dazu zweifellos eine wichtige Stellschraube. Die aktuell vom Bürgermeister vorgeschlagenen Kürzungen sind gut, wenn sie nicht paradoxerweise an anderer Stelle zu Mehrausgaben führen, da externe Dienstleistungen oft teuer eingekauft werden müssen, da eigenes Personal nicht mehr vorhanden ist.

Die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit zur Entlastung des Haushalts ist aus unserer Sicht immer wieder und weiter mit unseren Nachbarn zu prüfen. Dabei ist es allerdings wichtig, dass die Nachbarn auch ihre Hausaufgaben machen.

Eine weitere wichtige Stellschraube ist für uns die stetig steigende Kreisumlage. Hier muss gegenüber dem Kreis von allen Kommunen deutlich gemacht werden, dass nicht alle Ausgaben, die wünschenswert sind, auch zwangsläufig zumindest in der angedachten Form bzw. Höhe umgesetzt werden müssen. Das Subsidiaritätsprinzip ist eine Maxime, die eine größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums, der Familie oder der Gemeinde anstrebt, soweit dies möglich und sinnvoll ist.

Die Pandemie hat in vielen Teilen unserer Gesellschaft innovative, digitale Prozesse zugunsten von Kosteneinsparungen beschleunigt. Diese Synergien gilt es weiter zu mobilisieren, aber mit Maß und in Abstimmung zwischen Rat und Verwaltung. Hier muss der neue Ausschuss für Mobilität, Digitalisierung und Klima weitere konstruktive Maßnahmen in die Wege leiten.

Der Haushaltsplan sieht im Bereich der Investitionen in den nächsten Jahren fast zweistellige Ausgaben für Neubauten bzw. Ertüchtigungen der Feuerwehrgebäude in unserer Gemeinde vor. Bezogen auf die einzelne Pflichtaufgabe Feuerwehr werden wir hier die größten Ausgaben nach der Kläranlage in der Geschichte der Gemeinde Anröchte tätigen. Wir haben es versprochen und werden uns für den Neubau der Zentralfeuerwehr in



Anröchte stark machen. Gleichwohl will jeder Schritt, jede Ausgabe vor dem Hintergrund von Corona gut überlegt sein. Wir sind in einer schwierigen Situation, nicht in einer Rezession. Zwar ist man bei Letzterer auch nicht sicher, wie lange sie dauert, aber die Auswirkungen einer Pandemie in einer komplexen Volkswirtschaft im 21. Jahrhundert sind schwer vorhersehbar. Da brauchen wir ggf. Spielräume bei der Umsetzung des Notwendigen, der Pflicht. Kredite sind zwar billig und man kann sogar Geld damit verdienen, dennoch weiß heute niemand, welche Auswirkungen die Krise angesichts ungewisser Steuereinnahmen auf unsere Gemeinde, auf uns alle haben wird.

An anderer Stelle im Haushalt sehen wir deutlich die Handschrift der SPD-Fraktion. Seit mehr als 20 Jahren fordern wir immer wieder Haushaltsmittel für die Instandsetzung unserer Wirtschaftswege. Dank unserer Beharrlichkeit und den Fördermöglichkeiten des Landes stehen aktuell über 700.000 € im Haushaltsplan. Gerade die Corona-Krise zeigt, wie wichtig diese Wege sind. Damit noch mehr Wege saniert werden können, erinnere ich gern an die Forderungen meiner Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, auch diejenigen stärker in die Verantwortung miteinzubeziehen, die gemeinhin als Verursacher der Schäden angesehen werden. Die Wiederherstellung der Wirtschaftswege darf nicht sozialisiert finanziert und der Primärnutzen privatisiert sein. Wir haben die ersten Schritte initiiert, jetzt gilt es dran zu bleiben, damit es nicht ein Strohfeuer gewesen ist.

Zum Thema Klimaschutz haben die vier Parteien im Vorwahlkampf letztes Jahr eine hohe Übereinstimmung festgestellt, Bürgerwindkraft- und Photovoltaikanlagen mit Bürgerbeteiligung in dieser Periode in Angriff zu nehmen, so wie dies derzeit nachweislich auch in unseren Nachbarkommunen umgesetzt werden soll. Das brauchen wir in Anröchte auch, da stehen wir vier in der Pflicht.

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung des Ansatzes für Baumanpflanzungen überrascht, weil es gar kein richtiger, neuer, wegweisender Antrag sein kann. Wir dachten zunächst, dass es sich bei dem Antrag nur um einen Auftakt für einen geplanten Bürgerwald handelt, in dem die von der CDU Kreistagsfraktion für die Gemeinde Anröchte versprochenen 11.000 Bäume angepflanzt werden sollen. Aber das ist nicht gemeint. Nein, jetzt sollen 10.000 € in den Haushalt eingestellt werden, damit die von der CDU nicht zur Verfügung gestellten Bäume gekauft und gepflanzt werden können, damit die CDU nachher sagen kann, das sind unsere Bäume. Ich frage Sie: Wo sind die von der CDU versprochenen 11.000



Bäume? Wir fragen uns: Sind Sie pleite? Haben Ihre Lobbyisten Sie im Stich gelassen? Auch die Bäume sollen jetzt sozialisiert bzw. über den Gemeindehaushalt finanziert werden. Dass wir jedes Jahr von der SPD - hier unser Ratsmitglied Christian Borgschulte - die Verwaltung bitten, neue Bäume entlang der Wirtschaftswege anzupflanzen, können Sie in den Protokollen nachlesen Jeder Baum ist wichtig, wir stimmen natürlich zu, aber die Rechnung bitte an Sie von der CDU!

Abschließend bedankt sich die SPD-Fraktion beim Bürgermeister Schmidt, bei der Kämmerin, Frau Bosäck, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die umfangliche Aufstellung des Haushaltsplanes.

Vielen Dank